Mi, 20. Mai. 2015
Geilenkirchener Zeitung / Lokales / Seite 15

„Wir brauchen mehr Geld von Bund und Land“

Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes NRW tagen im Carolus-Magnus-Centrum. Zunahme von Asylsuchenden im Mittelpunkt.

VON MARKUS BIENWALD

Übach-Palenberg. Die Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes (StGB) im Regierungsbezirk Köln waren am Dienstag zu Gast im Carolus-Magnus-Centrum (CMC). Dabei stand die drastische Zunahme bei Asylsuchenden in diesem Jahr als die zentrale Herausforderung an Städte und Gemeinden im Mittelpunkt der Gespräche. „Die Städte und Gemeinden wissen bald nicht mehr, wo sie die Neuankommenden noch unterbringen sollen“, so StGB-Geschäftsführer Dr. Bernd Jürgen Schneider. Dabei habe Deutschland immer mehr unter einem Ungleichgewicht bei der Verteilung der Flüchtlinge zu leiden. „Es muss auf europäischer Ebene über eine Reform der Dublin-Verordnung nachgedacht werden“, sagte Schneider. Mit der dann fälligen Zuständigkeit nur eines EU-Mitgliedsstaates, den Antrag zu prüfen, soll zum einen verhindert werden, dass Asylsuchende von einem ins andere Land geschickt werden. Zum anderen setzt sich die Verordnung zum Ziel, den Missbrauch über mehrere Anträge von einer Person einzudämmen.

> „Die Städte und Gemeinden wissen bald nicht mehr, wo sie die Neuankommenden noch unterbringen sollen.“
> **DR. BERND JÜRGEN SCHNEIDER, STGB-GESCHÄFTSFÜHRER**

Äußerungen, dass Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnehmen oder länger hier Lebenden einen legalen Aufenthaltsstatus gewähren könne, seien extrem kontraproduktiv. „Stattdessen brauchen wir eine schnelle und massive Ausweitung der Plätze in Landeseinrichtungen sowie dauerhaft mehr Geld von Bund und Land“, umriss Schneider die Kernforderungen der Kommunen. Die Asylverfahren müssten beschleunigt, und die abgelehnten Asylsuchenden müssten rascher in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Auch für extrem hohe Krankheitskosten dieser Personen sowie für die Kosten der geduldeten Asylsuchenden müsse das Land aufkommen. „Wir können nicht mit kommunalen Mitteln die wirtschaftlichen Probleme der ganzen Welt lösen“, machte Schneider deutlich.

Gelinge es nicht, die Versorgung von Asylsuchenden zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen, drohe die bisher vorbildliche Willkommenskultur zusammenzubrechen. Bereits jetzt rege sich vereinzelt Protest von Sportvereinen, die mit Flüchtlingen belegte Sporthallen auf absehbare Zeit nicht nutzen können. „Wir müssen aufpassen, dass die Situation nicht kippt“, warnte Schneider. Die Herausforderungen bei der Flüchtlingsversorgung treffen auf eine weiterhin schwierige Situation der Kommunalfinanzen. Nach einem leichten Plus im Jahr 2013 rutschten die NRW-Kommunen 2014 bei Einnahmen und Ausgaben wieder mit 1,5 Milliarden Euro ins Minus. Grund, so Schneider, seien explodierende Sozialausgaben sowie ein steigender Sachaufwand. Die Kassenkredite seien auf einen neuen Rekordstand von 26,6 Milliarden Euro angewachsen. Die aktuelle Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW zeige zudem, dass die strukturelle Unterfinanzierung der NRW-Kommunen sich noch verschärft habe.

> „Wir können nicht mit kommunalen Mitteln die wirtschaftlichen Probleme der ganzen Welt lösen.“
> **DR. BERND JÜRGEN SCHNEIDER**

Um diesen Trend umzukehren, müsse der Verbundsatz – damit ist der Anteil der Kommunen an den wesentlichen Landes-Steuereinnahmen gemeint – von derzeit 22 Prozent auf 28,5 Prozent erhöht werden. „Der Finanzausgleich darf nicht länger unter dem Vorbehalt der Leistungsfähigkeit des Landes stehen“, forderte Schneider. Auch bei der Verteilung der Gelder auf die 396 Kommunen in NRW müsse die Schlechterstellung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ein Ende haben. Daher sei es geboten, die so genannten fiktiven Steuerhebesätze als Berechnungsgrundlage für die Steuerkraft nach Gemeindegröße zu staffeln.

Umgekehrt sei nicht länger zu rechtfertigen, warum für Einwohner großer Städte eine höhere Pro-Kopf-Pauschale gezahlt werde. Bei der Neukonzeption des Länderfinanzausgleichs müsse NRW deutlich besser gestellt werden, so Schneider. Daraus müssten Mehreinnahmen von einer Milliarde Euro jährlich entspringen. „Wenn es dem Land finanziell besser geht, profitieren davon auch die Kommunen“, legte Schneider dar.

Darüber hinaus müsse der Solidaritätszuschlag, der 2019 ausläuft, in die Einkommensteuer integriert werden. Auch dies würde dem Land NRW zusätzliche Einnahmen von rund einer Milliarde Euro und den NRW-Kommunen von rund 500 Millionen Euro jährlich einbringen. „Wir brauchen dieses Geld, um die marode Infrastruktur zu sanieren und langfristig unsere Haushalte wieder ins Lot zu bringen“, schloss Schneider. Dringend Entlastung benötigten die Städte und Gemeinden auch bei den Sozialkosten, speziell der Hilfe für Menschen mit einer Behinderung. Hier habe der Bund fünf Milliarden Euro zugesagt.

Nun komme es darauf an, dass dieses Geld rasch an die Kommunen weitergegeben und nicht mit neuen kostentreibenden Standards verbunden werde. Als beste und gerechteste Möglichkeit des Mitteltransfers biete sich die Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils von 2,2 auf 3,85 Prozent an.

Bezüglich der schulischen Inklusion merkte Schneider abschließend noch an: „Die Kommunen werden die anstehende Auswertung der Kostensteigerung sehr genau prüfen.“ Sollte sich daraus eine Nachforderung ergeben, welcher das Land nicht nachkommen wolle, seien die Kommunen zu einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof NRW gegen das neunte Schulrechtsänderungsgesetz bereit.

Eine gut gefüllte ehemalige Lohnhalle im Übach-Palenberger Carolus-Magnus-Centrum (CMC) war Tagungsort der Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes im Regierungsbezirk Köln. Fotos: Markus Bienwald

Eschweilers Bürgermeister Rudi Bertram, Bürgermeister Prof. Dr. Willi Linkens aus Baesweiler, der gastgebende Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch, Evelin Unger-Azadi vom NRW-Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, Rheinbachs Bürgermeister Stefan Raetz und StGB-Geschäftsführer Dr. Bernd Jürgen Schneider (v.l.) waren auf dem Podium der Versammlung vertreten.

DRUCKEN SCHLIESSEN